

Ressort: Politik

Handel mit EU-Pässen durch Regierungen stößt auf heftige Kritik

Brüssel, 22.08.2014, 01:00 Uhr

GDN - Die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlaments, Ingeborg Grässle (CDU), hat die Praxis mehrerer EU-Länder, durch den Verkauf von Staatsbürgerschaften zahlungskräftige Investoren aus Drittstaaten anzulocken, scharf kritisiert. "Immer mehr Mitgliedsländer der Europäischen Union verkaufen Staatsbürgerschaften an reiche Käufer aus Nicht-EU-Ländern, die dadurch die gleichen Rechte erhalten wie Unionsbürger", sagte Grässle der "Welt".

"Diese unwürdige Praxis muss unverzüglich gestoppt werden. Staatsbürgerschaft gegen Geld ist zynisch. Das hat nichts mit europäischen Werten zu tun." Es bestehe "die große Gefahr", dass Kriminelle durch den Kauf von Staatsbürgerschaften viel leichter Zugang nach Europa erhalten, sagte Grässle weiter. Die EU-Abgeordnete rief die Europäische Union auf, gegenzusteuern: "Die EU-Länder sollten schnellstmöglich gemeinsame Kriterien entwickeln, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich festlegen, wer einen EU-Pass bekommt. Es darf nicht länger sein, dass reiche Menschen sich Staatsbürgerschaften in der EU kaufen können, während die armen Menschen, die wegen Hunger und Gewalt aus ihrer Heimat fliehen, im Mittelmeer ertrinken".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-39719/handel-mit-eu-paessen-durch-regierungen-stoesst-auf-heftige-kritik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619